NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2010 www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,

zwei Themen, die auch schon im letzten Netz-Telegramm vorgestellt wurden, werden mit diesem Netz-Telegramm fortgeschrieben bzw. unter einem anderen Aspekt beleuchtet. Wie schon im letzten Netz-Telegramm angekündigt, gehen wir in dieser Ausgabe ausführlicher auf die Rolle der Kirche in Bolivien ein. Mit diesem Thema wird sich auch die erste Netz-Versammlung in diesem Jahr am Samstag, den 19. Juni 2010, in Koblenz beschäftigen.

Unter dem Titel „Kampf gegen die Armen" geht Herbert Böttcher der Frage nach, welche Auswirkungen die Verwandlung der „Finanzkrise" in eine staatliche Schuldenkrise auf die Lebenssituation der Menschen und ihre Fähigkeit, sich zu wehren, hat.

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes findet am Samstag, den 13. November 2010, statt. Bitte merken Sie sich diesen Termin vor!

Eine gute Lektüre wünscht

Sabine Ferenschild

Inhalt

Bolivien – zwei verschiedene Kirchen 1

Kampf gegen die Armen 4

Schuldenerlass für Haiti? 6

Nachrichten aus der Region 6

Termine 7

Bolivien – zwei verschiedene Kirchen?

Von Sabine Ferenschild

Das Bistum Trier feiert in diesem Jahr das 50jährige Partnerschaftsjubiläum mit der bolivianischen Kirche. Was vor 1960 als „Gemeinschaft gemeinsamer brüderlicher Hilfe" und in Form personeller und finanzieller Unterstützung der Diözese Sucre durch das Bistum Trier begann, hat sich im Laufe der Jahre zu einer vielfältigen Beziehung zwischen dem Bistum Trier und der katholischen Kirche Boliviens erweitert. Im Jubiläumsheft des Bistums Trier wird diese Partnerschaft als „Lerngemeinschaft Weltkirche" bezeichnet.

Die mit der Präsidentschaft von Evo Morales (und der Bewegung für den Sozialismus) verbundene Stärkung der indigenen Bevölkerungsmehrheit (wir berichteten im Netz-Telegramm 2.2009) stellen die bolivianische Kirche vor neue konfliktträchtige Herausforderungen, die auch ihr Selbstverständnis und das Verständnis ihrer gesellschaftlichen Rolle nicht unberührt lassen. Das stellt auch ihre Partnerorganisationen in Deutschland vor neue Fragen.

Anfang 2009 warnte der aus Österreich stammende Bischof der bolivianischen Diözese San Ignacio de Velasco, Carlos Stetter, in einem Interview mit KNA vor Anzeichen, dass die bolivianische Regierung die Kirche zu einem ‚Verein degradieren' und gleichzeitig eine ‚Igreja popular', eine Art ‚linientreuer Kirche', installieren wolle. Von ‚zwei verschiedenen Kirchen' sprach auch der im November 2009 zum Bischof der Diözese Potosi ernannte Ricardo Centellas (s. Jubiläumsbroschüre des Bistums Trier). Er bezieht diese Bemerkung auf die Tatsache, dass manche Priester sich weigern, indigene Sprachen zu lernen – in einer Umgebung, in der die Menschen nur indigene Sprachen sprechen.

Präfektur und Sitz des Verfassungsgerichts, Sucre, Bolivien. *Foto: Valdiney Pimenta/CC-BY*

„Zwischen Tradition ...
Kirche Trinidad, Bolivien. *Foto: Idobi/CC-BY-SA*

Diese Hinweise auf 'zwei Kirchen' in der katholischen Kirche Boliviens belegen, dass die Spannungen, die in der bolivianischen Gesellschaft zu beobachten sind, auch die katholische Kirche durchziehen.

Diese Spannungen in der Kirche sind nicht neu. Sie wurzeln in der kolonialen Vergangenheit Boliviens. Deren Erbe – ein ungerechtes postkoloniales Feudalsystem, eine dem Gemeinwohl gegenüber verantwortungslose nationale Oligarchie und eine hohe Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft von ausländischen Interessen – führte zu andauernden Machtkämpfen bis in die Gegenwart. Sie bedeuten eine ständig neue Herausforderung für die Verortung der Kirche in der Gesellschaft und für ihre Identität.

*Traditionalismus und Verteidigung der Privilegien**

Die Revolution von 1952 brachte zwar wichtige Verbesserungen für die bolivianische Gesellschaft. Sie führte zum Allgemeinen Wahlrecht, zur Verstaatlichung der Rohstoffe, zur Stärkung gewerkschaftlicher Mitbestimmung, zu einer weit reichenden Landreform und einer Bildungsreform, die erstmals allen Kindern den Zugang zu Schulbildung ermöglichen sollte. Dennoch stand ihr die katholische Kirche Boliviens distanziert gegenüber. Die Proteste von Bischöfen und katholischen Medien gegen die Reformen entzündeten sich an der Enteignung kirchlicher Latifundien, dem Verlust anderer Privilegien und gelegentlich an persönlichen Angriffen auf kirchliche Repräsentanten. Mit dem Einsatz für den Erhalt von Privilegien und gesellschaftlichem Einfluss war eine explizite Ablehnung 'linker' gesellschaftlicher Strömungen sowie eine Annäherung an die Oligarchie und in Einzelfällen auch an die faschistische Falange-Partei FSB verbunden.

Nach innen setzte die Kirche vor allem auf Sakramentenspendung, religiöse Großveranstaltungen und ökonomische Absicherung. Die Seelsorge stand den indianischen Wurzeln der bolivianischen Volksfrömmigkeit gleichgültig bis abwehrend gegenüber. Angesichts einer wachsenden Mittelschicht und einer revolutionären Arbeiterbewegung agierte die Kirche in ihrem Bündnis mit der Oligarchie rückwärtsgewandt und verlor den Rückhalt in wachsenden gesellschaftlichen Gruppen. Dies zeigte sich auch in einem Rückgang des Priesternachwuchses in Bolivien – während zugleich zunehmend Priester und Ordensleute aus Europa und Nordamerika zuzogen.

Eine wichtige Persönlichkeit in dieser Epoche war der Kardinal von Sucre, Josef Clemens Maurer, der in diesen Jahren die Partnerschaft mit seinem Heimatbistum Trier anstieß. Als Kardinal und langjähriger Präsident der Bischofskonferenz pflegte er gute Beziehungen zur Oligarchie und zu den verschiedenen Diktaturen. Gleichzeitig setzte er sich für Armenhilfe ein.

Opportunismus vs. Option für die Armen

In der Zeit der Diktatur von 1964-1982 wurden Opposition und Arbeiterschaft brutal unterdrückt. Unter dem Eindruck der Repression erstarkte eine radikale sozialistische Bewegung. Die Reaktion der Kirche war gespalten: Ein Teil der Gesamtkirche und des Episkopats verharrte in der Haltung der Anlehnung an das Regime, um kirchlichen Bestand und Einfluss zu sichern. Ein anderer Teil der Kirche aber ergriff auf der Grundlage der Option für die Armen Partei für die Verfolgten und kritisierte öffentlich Armut und Ungerechtigkeit.

Eine wichtige Persönlichkeit dieses Teils der Kirche war Jorge Manrique Hurtado, 1967-1987 Erzbischof von La Paz, von 1979 bis 1985 Präsident der Bischofskonferenz. Er setzte sich für die Menschenrechte ein und kritisierte vor allem Übergriffe der Regierung auf die Bergarbeiter. So unterstützte er nach dem „Massaker der Johannisnacht" 1967 die betroffenen Bergarbeiter in der Region von Llallagua.

Die in den nächsten Jahren noch zunehmende staatliche Repression der Bergarbeitergewerkschaften führte bei vielen Pfarreien und kirchlichen Institutionen der Bergbauregionen im Hochland zu Solidaritätsaktionen mit den Bergarbeitern. Die Politisierung und Radikalisierung einer kleinen, aber wachsenden Zahl ihrer Mitglieder machte die Zerrissenheit der Kirche deutlich. Die einen suchten Staatsnähe, die anderen kämpften für das Ende der Diktatur – ein Kampf, der etliche Opfer kostete. Ein prominentes Beispiel ist der spanische Jesuit Luis Espinal, der 1968 nach Bolivien kam und 1980 wegen seiner Kritik an staatlicher Repression und Straflosigkeit der Täter entführt, gefoltert und ermordet wurde. Die Regierung nutzte die innerkirchliche Zerrissenheit, indem sie mit den Konservativen gute Beziehungen pflegte, den anderen Subversion vorwarf und sie verfolgte.

Intern bedeuteten die Beschlüsse des II. Vaticanums eine tiefe Erschütterung für die traditionalistische bolivianische Kirche. Die Teile der Kirche, die sich auf die Option für die Armen beriefen, sahen sich durch das Konzil und die folgenden lateinamerikanischen Bischofsvollversammlungen von Medellin (1968) und Puebla (1979) bestärkt. Die Ausbildung von KatechetInnen / LaienmitarbeiterInnen wurde ein wichtiger Focus der Arbeit der nächsten Jahre und bildete in manchen Regionen eine wichtige Grundlage für den Dialog mit den indigenen Kulturen. Aus einer assistentialistischen Armenhilfe entwickelten sich schrittweise partizipative Pastoralmodelle. An die Stelle paternalistischer Missionierung trat zunehmend ‚inkulturierte Evangelisierung'.

... und Moderne"
La Paz, Bolivien. *Foto: Vico ricab/CC-BY-SA*

Dialog und Neue Evangelisierung

Mit Beginn der demokratischen Ära im Jahr 1982 entwickelten die führenden Parteien ein System wechselnder Koalitionen. Sie teilten

* Die Gliederung sowie die Beschreibung der Entwicklung bis 2005 beruht auf S.Silber, Bolivien, in: Erwin Gatz (Hg.): Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd. 6: Lateinamerika und Karibik. Hg. von Johannes Meier und Veit Straßner, Paderborn, München, Wien, Zürich: Ferdinand Schöningh 2009, 365-380

die Macht unter sich auf und stabilisierten sie durch ein System von Korruption und Vetternwirtschaft. Orientiert an neoliberalen Vorstellungen wurde der Bergbau privatisiert. Soziale Proteste gegen die Folgen der Privatisierung wie Arbeitslosigkeit, Anwachsen des informellen Sektors und Abwanderung in den Koka-Anbau wurden gewaltsam niedergeschlagen. Die katholische Kirche fand in diesen Jahren ihre Rolle als einer Vermittlerin, die auf Ausgleich und Dialog setzte.

In Vorbereitung auf die Bischofsversammlung von Santo Domingo im Jahr 1992 formulierte die bolivianische Bischofskonferenz die Option für die Armen als ihre Grundlage und stellte Basisgemeinden, indigene Kulturen und Partizipation der Laien in den Mittelpunkt ihres Beitrags zur Versammlung. Mit den Erklärungen der Bischofskonferenz zur Landreform (2000) und zur Wasserproblematik (2003) wurde zudem deutlich, dass es ihr mehr um entschiedenen Einsatz für Gerechtigkeit in der Gesellschaft als um eine neutrale Vermittlerrolle ging. Vielleicht ist diese Veränderung in der Identität der bolivianischen Kirche einer der entscheidenden Gründe dafür, dass die katholische Kirche sich ein hohes Maß an Vertrauen in der bolivianischen Gesellschaft erhalten konnte. Das starke (nationale und internationale) Engagement der Kirche in der Kampagne zum Erlass der bolivianischen Auslandsschulden, das auch die Partnerschaft zum Bistum Trier prägte, unterstrich diese neue Rolle der Kirche.

Rückfall in eine alte Rolle?

Seit Ende 2005 die MAS (Movimento al Socialismo = Bewegung zum Sozialismus) unter dem ersten indigenen Präsidenten in Lateinamerika, Evo Morales, die Regierung Boliviens stellt, scheint die katholische Kirche Boliviens in die extremen Polaritäten früherer Epochen zurückzufallen. Wieder wehrt sie sich gegen den Verlust an institutionellem Einfluss, der mit der seit Anfang 2009 verabschiedeten neuen Verfassung bedroht erscheint: Die Kirche hat ihren Rang als Staatsreligion verloren. Im Bildungsbereich konkurriert sie gegen einen Staat, der im Prinzip ähnliche Ziele verfolgt (Bildung für die Benachteiligten), deren Umsetzung aber in die eigene Hand nehmen will und der Kirche als ‚Handlangerin der Oligarchie' misstraut.

Hintergrund dieses Misstrauens der von den indigenen und Arbeiter-Bewegungen getragenen Regierung sind die Erfahrungen mit der verfassten Kirche in der Zeit der Diktatur. Der größere Teil der Kirche ‚verlor' damals den Zugang zu den erstarkenden sozialen Bewegungen. Die ChristInnen, die um diesen Zugang kämpften, wurden innerkirchlich marginalisiert.

Dieser Bruch, den auch die spätere ‚Vermittlerrolle' der Kirche nicht ganz kitten konnte, gewann mit dem Jahr 1992 an Bedeutung. Das Jahr, in dem der 500jährigen Eroberung Lateinamerikas in Bolivien als „Tag der Trauer" gedacht wurde, ging mit einem Erstarken der indigenen Bewegungen und einer Rückbesinnung der Arbeiterbewegungen auf ihre indigenen Wurzeln einher. Die indigenen Bewegungen klagen seitdem lauter denn je ihre politischen Rechte ein und fordern die Anerkennung ihrer Lebensweise und ihrer Organisationen. Das ist schon lange eine Herausforderung für die Kirche, in der es trotz aller positiven Entwicklungen auch Intoleranz gegenüber indigener Kultur gibt. Die teilweise heftigen anti-kirchlichen Polemiken von Seiten der indigenen Bewegungen, die seit 2005 den Staat auf ihrer Seite wissen, sind in diesem Kontext von 500 Jahren Diskriminierung und Abwertung durch die koloniale Gesellschaft und Kirche zu verstehen. Eine Perspektive für eine Annäherung zwischen diesen Bewegungen und der bolivianischen Kirche liegt m.E. vor allem in einer weiteren Entfaltung des christlich-indigenen Dialogs und einer indigenen Theologie, die andere Kulturen anerkennt. Vermutlich ermöglicht der Ausdruck von Respekt und Anerkennung erst den gemeinsamen Einsatz für Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit.

> *„[...] aus der Tiefe der Geschichte kommend, inspiriert von den Kämpfen der Vergangenheit [...] erschaffen wir heute einen neuen, auf Respekt und Gleichheit gründenden Staat, mit den Prinzipien Selbstbestimmung, Würde, Vervollkommnung, Solidarität, Harmonie und Gerechtigkeit in der Verteilung und Umverteilung des Sozialprodukts. Wir erschaffen einen Staat, in dem das Streben nach dem guten Leben vorherrscht, mit Respekt vor der wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, politischen und kulturellen Vielfalt der Bewohner dieses Landes. Im gemeinsamen Zusammenleben soll jeder Mensch Zugang zu Wasser, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Heim haben."*
>
> *Aus dem Vorwort der am 25.1.2009 angenommenen Verfassung Boliviens*

Auf die Wiederwahl von Evo Morales Ende 2009 reagierten kirchliche Stimmen in Bolivien und im Bistum Trier distanziert. Warnungen vor weiterer Polarisierung, vor Aushebelung des Rechtsstaates und vor der Gefahr einer zu großen Machtanhäufung in den Händen der Regierung angesichts einer zersplitterten Opposition machen die Runde und finden sich auch in der Presse des Bistums Trier (s. u.a. Artikel im Paulinus v. 13.12.09: „Klares Votum für Morales). Unabhängig von einer Beurteilung der Regierungspolitik im Einzelnen, scheint eines sehr deutlich zu sein: Das Erstarken der sozialen Bewegungen, das zur Übernahme der Regierungsmacht geführt hat, stellt für die indigene Bevölkerungsmehrheit Boliviens, für die Bauern und ArbeiterInnen eine historische Chance dar. Nach Jahrhunderten der kolonialen Unterdrückung, der Diktatur und der Ausbeutung der nationalen Reichtümer durch internationale Konzerne versucht die aktuelle Regierung, die Interessen des bolivianischen Volkes in Politik, Wirtschaft und Recht durchzusetzen. Die Programme zur Armutsbekämpfung, Einkommenssteigerung, Bildungs- und Gesundheitsförderung sind beeindruckend. Durch die hohen Exporterlöse für bolivianische Rohstoffe verfügt die Regierung (noch) über ausreichende Mittel zur Finanzierung dieser Sozialprogramme.

Die Kirche Boliviens sollte diese Chance mittragen und nicht in die alte Gefahr der Anlehnung an die alten Eliten verfallen. Mit den sozialen Bewegungen Boliviens teilt die Kirche das Interesse, dass Armut bekämpft und soziale Gerechtigkeit hergestellt wird. Das sollten die Maßstäbe sein, an denen die Kirche in Kooperation mit den sozialen Bewegungen die Regierung misst. Sie könnte so Distanz zur Regierung wahren – was den Kirchen in jedem Staat gut tun würde – und zugleich Unterstützung für das Projekt der ‚Neugründung Boliviens' als eines plurinationalen Staates, in den alle bolivianischen Völker ihre Kultur und Lebensweise einbringen können, signalisieren. Während die Parteien der Opposition zersplittert sind und sich vorrangig für die Verteidigung der Privilegien der alten Eliten einsetzen, könnte die Kirche in Kooperation mit den sozialen Bewegungen einen Kontrollmechanismus entwickeln, der die Regierung daran misst, ob es ihr gelingt, die Lebenssituation vor allem der Armen zu verbessern und Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation zu eröffnen. Dies könnte ein kritisch-solidarisches Projekt sein, mit dem die Politik der Regierung begleitet werden könnte. Die Partnerschaftsorganisationen im Bistum Trier sollten die bolivianische Kirche in einer solche Haltung bestärken und sie dazu ermutigen.

Der Kampf gegen die Armen

Strategien der Krisenverwaltung

von Herbert Böttcher

„Wir haben die Bankenkrise in eine staatliche Schuldenkrise umgewandelt.“ diagnostizierte der Ökonom Berry Eichengreen von der University of California beim diesjährigen Weltwirtschaftsform in Davos (Junge Welt, 30./31.1. 2010). Einigen Ländern droht der Staatsbankrott und als Folge der Zusammenbruch ganzer Wirtschaftsräume. Nach einem Report des

Chefstrategen der größten französischen Bank Albert Edwards (Société Generale) kann die EU selbst mit einer Rettungsaktion für Griechenland den „unvermeidlichen Zusammenbruch der Euro-Zone nur verzögern“. Wäre Griechenland gerettet, ständen die nächsten Problemkandidaten auf der Matte. Die Verbindlichkeiten Spaniens liegen ein Vielfaches über denen Griechenlands. Bei einem Ausfall der Rückzahlungen droht der Absturz einer Reihe von Anlegern.

Strategien der Krisenverwaltung

Bankenrettung und Konjunkturprogramme können nicht mehr als den ökonomischen Kollaps hinaus zu zögern. Es geht einzig um Krisenverwaltung innerhalb der kapitalistischen Systemlogik. Mit ihren kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen übernehmen die Staaten genau die Funktionen, die bis zum Platzen der US-Immobilienblase die Finanzmärkte hatten. Ihre Aufgabe war es, mittels Scheinakkumulation die schwache Konjunktur zu befeuern.

Kreditgeld wurde zur Ausgangsbasis immer neuer Spekulationen. Nicht bezahlbare Kredite werden umgeschuldet, d.h. faul gewordene Kredite werden über neue Kredite mit höheren Zinsen bedient. Der Handel mit Eigentumstiteln z.B. für Aktien und Immobilien erzeugt rein fiktive Wertsteigerungen, die einen Zusammenhang zu realem Wert, der durch Verausgabung von Arbeit produziert wird, immer weniger herstellen können. Akkumulation wird simuliert.

In den 1970er Jahren war die steigende Staatsverschuldung Anlass für die Wende zum Neoliberalismus. Mit simulierter Akkumulation auf den Finanzmärkten schien eine neue Geldquelle gefunden. Die Finanzblasen sind inzwischen geplatzt. Nun geht der Weg zurück zur Staatsverschuldung. Das Wechselspiel zwischen staatlicher, privater und nun wieder staatlich organisierter Defizitkonjunktur verdeckt die Ursachen der Krise, die in der Warenproduktion selbst liegen. Die rasant fortschreitende Produktivität macht Arbeit überflüssig. Damit untergräbt sie die Grundlage für die Akkumulation des Kapitals. Zugleich schafft sie eine Überproduktion von Waren, deren Wert sich nicht mehr in Geld zurückverwandeln lässt und damit entwertet wird. Eine neue Trägerwelle der realen Mehrwertproduktion ist nicht in Sicht. So ist auch nicht zu erwarten, dass das Geld zur Schuldentilgung erwirtschaftet werden kann.

Was die Verwandlung der Bankenkrise in eine Krise der Staaten bedeutet, wusste Harvard-Professor Kenneth Rogoff in Davos zu vermelden. Aus der Situation herausführen könne „nur die ganze Palette sozialer Grausamkeiten wie strikteste Sparmaßnahmen und Lohnsenkungen über viele Jahre“ (Junge Welt, 30./31. 2010). Damit zeichnet sich die Verschärfung sozialer Problemlagen und repressiver Bewältigungsstrategien ab.

Billiglohn, Hartz IV ...

Die Richtung, in welche die Reise geht, gaben die ‚Wirtschaftsweisen’ vor. Der als Existenzminimum gedachte

Hartz IV-Regelsatz soll um 30% auf 251,30 Euro pro Monat gekürzt werden. Das wäre der bisherige Satz für Kinder von 6 bis 13 Jahren. Im Gegenzug sollen die Zusatzverdienstgrenzen herauf gesetzt werden. Fazit: In der Kombination von gekürzten Regelleistungen und erzwungener Billiglohnarbeit soll die ‚Zukunft’ liegen.

Auf diese Zukunft ist Deutschland gut vorbereitet. Immerhin ist es hier wie in sonst keinem europäischen Land gelungen, den Billiglohnsektor auszudehnen und damit sogar die drohende Massenarbeitslosigkeit abzufangen. Armut kombiniert mit Arbeit ist in der Logik der Krisenverwaltung natürlich kostengünstiger als Armut ohne Arbeit. Am Problem der Armut ändert das nichts. Der von der Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes erzwungene Lohnverzicht wird zum

Bindeglied zwischen den prekären und regulären Beschäftigungsverhältnissen und damit zwischen den in Armut abgestürzten und vom Absturz bedrohten Bevölkerungsteilen.

... und im Zweifel Zwangsarbeit

‚Eigenverantwortlich’ sollen immer mehr Menschen möglichst billig, lange und in verdichteten Arbeitsprozessen bis zur Erschöpfung arbeiten, sich um die Kinder als ‚unsere Zukunft’ kümmern, privat Vorsorge treffen für Krankheit und Alter und gleichzeitig der Verpflichtung nachkommen, durch Konsumausgaben die Konjunktur anzukurbeln. Wer dazu zu ‚faul’ ist und lieber ‚spätrömischer Dekadenz’ frönt, landet in Hartz IV und muss zur Arbeit gezwungen werden. Mit kommunaler Zwangsarbeit wäre zugleich ein Mittel gefunden, einen Teil der nicht mehr bezahlbaren kommunalen Dienstleistungen abzudecken. Statt Solidarität mit Menschen in Not heißt es jetzt: Leistung gegen Gegenleistung. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Dies wird zum Ausdruck einen neuen Form von Solidarität: der Solidarität mit der ‚Volksgemeinschaft’ - repräsentiert durch die Krisenverwaltung.

Instrumentalisierung von Ängsten und sozialer Spaltung

Die sozialen Spaltungsprozesse werden sich zwischen immer weniger Gewinnern und immer mehr Verlierern, aber auch unter den Verlierern verschärfen. Aufstiegsorientierte Mittelschichtler werden im Fahrstuhl nach unten durchgereicht. Noch-Beschäftigte und Arbeitslose, Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Einheimische und MigrantInnen suchen einen individuellen Ausweg in verschärften Konkurrenzkämpfen. Vom Abstieg bedroht oder bereits auf Armuts-

niveau konkurrieren sie darum, für wen die Arbeit noch reicht bzw. wer noch ‚finanzierbar' ist. Je vereinzelter, orientierungs- und reflexionsloser sich auf Konkurrenz konditionierte Menschen im ‚Kampf ums Dasein' gegenüberstehen, desto mehr wird dieser in sozialdarwinistischer Manier ausgetragen.

Von Vertretern der staatlichen Krisenverwaltung wird der Kampf vieler Menschen um ihr Dasein instrumentalisiert. Missbrauchsdebatten werden geschürt, Vorurteile bedient, Menschen in Not diffamiert. Dies macht Stimmung und verspricht Stimmen aus der ‚Mitte der Gesellschaft' und vom rechten Rand. Unter dem Deckmantel einer Unterscheidung von ‚Faulenzern' und ‚Leistungsbereiten' können alle unter den Generalverdacht des Missbrauchs gestellt werden. Je mehr es gelingt, die ‚Noch-Verwertbaren' und die ‚Überflüssigen' gegeneinander aufzubringen, desto leichter kann die Krisenverwaltung die nächste Runde im Sozialabbau durchsetzen.

Proteste werden mit dem Dogma der Nichtfinanzierbarkeit abgewehrt. Dieses Dogma erscheint plausibel, weil die Erkenntnis, dass die ‚Nichtfinanzierbarkeit' Ausdruck der im Rahmen des Systems nicht lösbaren Krise des Kapitalismus ist, tabuisiert wird. So bleibt am Ende nur noch der Kampf der Verlierer, um das, was noch finanzierbar ist. In dieser Logik deklariert die Krisenverwaltung der Stadt Wuppertal, dass, wo es Proteste gegen Sparmassnahmen gibt, Vorschläge mitgeliefert werden müssten, an welchen Stellen statt dessen eingespart werden solle.

Personalisierung

Die zum Kampf gegen die Armen instrumentalisierte Konkurrenz der Verlierer und vom Abstieg Bedrohten fällt durchaus auf fruchtbaren Boden. Mit der Krise sind ja Menschen konfrontiert, die den Kapitalismus verinnerlicht und zur unhinterfragten Norm gemacht haben. Je mehr sie die Bedrohung der eigenen Existenz wahrnehmen, desto heftiger klammern sie sich an die herrschenden Rahmenbedingungen. In der Krise drohen kapitalistisch konditionierte Menschen eher ‚mit der Welt, wie sie ist', zu verschmelzen als dagegen aufzubegehren.

Reflexion und Theorie als Aufklärung über ein Leben in der Zwangsjacke der Kapitalverwertung erscheinen eher bedrohlich, sind sie doch mit der Erkenntnis verbunden, dass im Rahmen des kapitalistischen Betriebssystems keine Perspektiven zu gewinnen sind. Personalisierungen machen es möglich, die Krise auszuhalten. Zorn und Enttäuschung können auf Sündenböcke umgelenkt werden. Sie bieten eine Projektionsfläche für unbegriffene Ängste.

Wer mit solchen Personalisierungen sein politisches Süppchen kocht, nimmt billigend in Kauf, dass sie leicht umschlagen bzw. umgelenkt werden können in rechtsextreme und antisemitische Orientierungen. Westerwelles und Seinesgleichen Ausfälle zeigen ‚sozialrassistische' Züge, die anschlussfähig sind für offenen Rassismus und Antisemitismus.

Die Würde des Menschen steht nicht unter Finanzierungsvorbehalt.

Im Krisenzusammenhang des Kapitalismus kann eine auf Systemerhaltung zielende Politik offensichtlich nichts anderes sein als perspektivlose Krisenverwaltung. Politisches Handeln von sozialen Bewegungen darf sich nicht damit zufrieden geben, die Krise abmildernd ‚mitzugestalten'. Vielmehr müsste im Widerstand gegen eine menschenunwürdige und repressive Krisenverwaltung eine politische Perspektive gesucht werden.

„Tanz ums Goldene Kalb"
Margret Hofheinz-Döring/CC-BY-SA

Die Anerkennung des Rechts auf Leben aller Menschen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ist nicht verhandelbar und kann deshalb auch nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Die Produktion dessen, was Menschen für ein gutes Leben brauchen, sowie die Organisation der Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben darf nicht von der Kapitalverwertung abhängig sein.

Deshalb ist es wichtig, unabhängig von der Finanzierbarkeit auf Forderungen wie Mindestlohn und Abschaffung von Hartz IV, Absicherung in Krankheit und Alter zu bestehen, Widerstand zu organisieren gegen immer neue Kürzungen, Schikanen und Zwangsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung, gegen Privatisierung und/oder Stilllegung von lebenswichtigen Infrastrukturen, gegen die Ausrichtung von Bildung und Forschung auf die in die Sackgasse geratenen Bedürfnisse der Kapitalverwertung. Diese Forderungen sind im Rahmen des kapitalistischen Betriebssystems nicht finanzierbar, weil sie an die (illusionäre) Voraussetzung ‚gelingender' Kapitalverwertung gebunden sind. Genau das aber spricht nicht gegen die genannten Forderungen, sondern gegen das kapitalistische Betriebssystem, das auf menschenwürdiges Leben für alle nicht ‚eingestellt' werden kann.

Das heißt aber genau nicht, dass diese Forderungen generell unerfüllbar wären. Im Gegenteil, gesellschaftlich sind die stofflichen und praktisch-technischen Voraussetzungen für ihre Erfüllung vorhanden. Nur können sie nicht zu diesem Zweck aktiviert werden, weil sie dem Zweck der Kapitalverwertung unterworfen sind. So wird es weiter gehen damit, dass immer mehr Menschen obdachlos werden, während Wohnungen leer stehen, dass Kranke und Pflegebedürftige nicht ausreichend versorgt bleiben, während Krankenhäuser geschlossen werden – und dies trotz des vorhandenen stofflichen Reichtums und der technischen Möglichkeiten.

Die Herausforderung bestände also darin, den weltweiten Fluss stofflicher und sozialer Ressourcen so zu organisieren, dass sie auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet werden, statt die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse von der Kapitalverwertung abhängig und damit immer unmöglicher zu machen. Dabei gibt es gute Gründe, darauf zu vertrauen, dass der reale Mensch als leiblich-sinnliches und soziales Wesen trotz aller Deformierung durch Unterwerfung unter die Zwänge der Kapitalverwertung sein Leiden darunter spüren und zum Ausdruck bringen kann. Er ist fähig, sich mit anderen über seine Leiden zu verständigen, sie analysierend zu begreifen und Strategien zu entwickeln, sich aus der Zwangsjacke der Kapitalverwertung zu befreien. Dazu braucht es sozialer Orte, reflektierender Milieus, in denen sozialer Widerstand und emanzipatorische Orientierungen wachsen können.

Schuldenerlass für Haiti?

Die Kampagne erlassjahr.de begrüßte am 20. Januar 2010 die Erklärung des IWF-Generaldirektors, Dominique Strauss-Kahn, der IWF werde alle Schulden Haitis, einschließlich seines im Januar gewährten Nothilfe-Kredits von 100 Mio. US-$ in einen verlorenen Zuschuss umwandeln. Zudem werde er auch die anderen Gläubiger Haitis zum Schuldenerlass auffordern. Einige Tage später war diese Erklärung des IWF bereits obsolet, der IWF-Vorstand ruderte zurück und kündigte lediglich an, seine Kredite für Haiti seien zinsfrei und für fünf Jahr auch tilgungsfrei.

Das Urteil der Erlassjahr-Kampagne zur offensichtlichen Bevorzugung der Option „Notkredite statt Schuldenerlass“ durch die Gläubiger: Die „Option einer symbolkräftigen Entschuldung unter dem unmittelbaren Eindruck der Katastrophe (Erdbeben vom 12.1.2010, S.F.) steht offenbar nicht mehr auf der Tagesordnung. Die von den Gläubigern vielfach beschworene Betroffenheit der ganzen Welt hat für ein starkes Statement des IWF-Direktors gereicht. Für eine tatsächliche Schuldenstreichung (...) reichte sie leider nicht.

Haitis Schulden in Mio. US-$

Schulden bei Multilateralen Gläubigern:	664
davon:	
Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)	447
Internationaler Währungsfonds (IMF)	165
Weltbank (IDA)	39
Fonds für Weltagrarentwicklung (IFAD)	13
Schulden bei Bilateralen Gläubigern:	387
davon:	
Venezuela	295
Taiwan	92

(Quelle: erlassjahr.de, Fachinfo 22 v. 28.1.2010)

Zerstörte Kathedrale in Port-au-Prince

Gestorben ist damit die zwischenzeitliche Hoffnung, es könnte für Haiti etwas anderes als ein Zurück zum Status vor dem Erdbeben geben. Die Hoffnung etwa, die chronische Abhängigkeit des Landes von den Internationalen Finanzinstitutionen könne, wenn nicht beseitigt, dann doch wenigstens reduziert werden. Statt dessen scheinen sich auch im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau und sogar der Katastrophenhilfe neokoloniale Strukturen eher wieder zu verfestigen. Medienberichte über das Verhalten der US-Streitkräfte, die Haiti faktisch beherrschen und auch schon mal die Katastrophenhilfe ihren eigenen logistischen Bedürfnissen unterordnen, legen dies nahe.

Ebenso wird über die Planungen des Haiti-Sonderbotschafters, Ex-Präsident Clinton, berichtet, der Pläne für eine Ausweitung von Sonderexportzonen und Tourismus-Enklaven im Norden des Landes in der Schublade habe.“

(weitere Infos: www.erlassjahr.de)

Weltsozialforum 2011 im „Land ohne Wiederkehr“

Das Weltsozialforum 2011 findet in der senegalesischen Stadt Dakar statt. Senegalesische Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen laden in das „Land ohne Wiederkehr“ ein:

Von Dakar aus wurden einst Hunderttausende von Sklaven in die Neue Welt verschleppt – heutzutage sammeln sich hier Menschen aus ganz Afrika, um den oft lebensgefährlichen Satz über das Meer nach Europa zu tun.

Beim nächsten Weltsozialforum werden die harten Reibungen zwischen den Entwicklungsansprüchen Afrikas und den externen Interessen zu spüren sein.

Infos: http://www.weltsozialforum.org/

Nachrichten aus der Region

Friedenspreis 2010 in Rheinland-Pfalz

Die Arbeitsgemeinschaft der Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz zeichnet zum dritten Mal während des Rheinland-Pfalz-Tages Friedensaktivisten aus, die sich in vorbildlicher Weise für Frieden und Gerechtigkeit engagieren. Die Friedensgruppen wollen damit zum Engagement für Frieden ermutigen und die Arbeit gegen Militarisierung und Krieg öffentlicher machen und stärken.

„Gerade in Rheinland Pfalz, Standort vieler Militärflughäfen wie Ramstein, Spangdahlem und Büchel oder Rüstungsbetriebe wie DIEHL im nahe liegenden Saarland, wollen wir mit dem Friedenspreis ein Zeichen für Abrüstung und zivile Alternativen zu Krieg setzen“ so Wolfgang Kohlstruck, Sprecher der Friedensgruppen aus Kaiserslautern.

Der erstmals 2008 vergebene und undotierte Preis wurde an den US-Sergeant Yovany Rivero aus Baumholder vergeben. Er verweigerte aus Gewissensgründen den Kriegsdienst im Irak und kritisierte damit den völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz der US-Armee. 2009 ging der Preis an die 90jährige Elisabeth Bernhard aus Dillendorf, die sich vor allem gegen die Nachrüstung und Atomwaffen in der Region eingesetzt hatte, zuletzt sprach sie sich auf der Kundgebung in Büchel im August 2009 für

die Abschaffung der dort stationierten Massenvernichtungswaffen aus.

Der Friedenspreis wird auf dem diesjährigen Rheinland-Pfalz-Tag am 12. Juni in Neustadt verliehen.

Zur Arbeitsgemeinschaft Friedensgruppen in RLP gehören

- AG Frieden Trier: www.agf-trier.de
- DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-mainz.de
- EIRENE Internationaler christlicher Friedensdienst Neuwied www.eirene.org
- Frauen wagen Frieden (Pfalz) webischoff(at)web.de
- Friedensinitiative Hunsrück: www.fi-hunsrueck.de
- Friedensinitiative Neustadt: www.friedensforum-neustadt.de
- Friedensinitiative Westpfalz: www.friedensinitiative-westpfalz.de
- Initiative gegen Atomwaffen, Eifel: www.gaaa.org
- Netzwerk am Turm, Bad Kreuznach: www.netzwerk-am-turm.de
- Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar: www.oekumenisches-netz.de
- Pax Christi im Bistum Trier: www.trier.paxchristi.de

Unter diesem Slogan macht die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) im Sportsommer 2010 auf die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie aufmerksam.
Infos und Aktionen:
www.saubere-kleidung.de

Osteraktion Büchel, 4. April 2010

Das Osterwochenende wurde zum europäischen Aktionstag an allen Atomwaffen-Standorten erklärt, um genau einen Monat vor der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag (NVV oder in englisch NPT) im Mai bei den UN in New York noch einmal gemeinsam Druck auf die Atommächte auszuüben, damit ernstzunehmende nukleare Abrüstungsschritte eingeleitet werden.

http://www.atomwaffenfrei.de/next-stop-new-york-2010/osteraktion.html

Impressum:

Netz-Telegramm März 2010

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40
e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 März 2010

Layout: Elke Wetzig, Köln
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

IN DER REGION · VERANSTALTUNGEN IN DER RE

April

3.4., 10.55h, Johanneskirche Saarbrücken

Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!

Ostermarsch 2010 mit dem Redner Clemens Ronnefeldt / Versöhnungsbund

Veranstalter: Friedensnetz Saar

Infos: FriedensNetz-Saar, Dudweilerstr. 55, 66111 Saarbrücken

Ostermarsch 2009 in Saarbrücken
Foto: Renate Müller

15.4., 18h, Pilgerzelt auf dem Domfreihof / Trier

50 Jahre Bolivienpartnerschaft: „Wirtschaft fair gestalten“

Podiumsdiskussion mit Birgit Zenker / KAB, Bischof Stefan Ackermann und Vertretern aus Wirtschaft und Politik

Vor dem Hintergrund der Bolivienpartnerschaft geht es um Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Grundlagen eines fairen Weltwirtschaftssystems, die wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen Bolivien und Deutschland sowie die Rolle der Kirchen als globale Akteure

Veranstalter: KAB, Paulinus

---

16. – 25.04.2010:

„Heilig-Rock-Tage“ zum Schwerpunktthema „50 Jahre Bolivienpartnerschaft des Bistums Trier“

23.-25.4., Ökumenische Herberge Warburg-Germete

Eine Welt statt vier Planeten

Jahrestagung der Ökumenischen Initiative Eine Welt zum 10jährigen Bestehen der Erd-Charta

Infos: OIEW, Tel.: (0 56 94) 14 17, Mail: info@oeiew.de

24.4., 10-16h, Bildungs- und Begegnungszentrum Saarbrücken

Soziallehre-Werkstatt: Aus dem Glauben Leben gestalten. Impulse zum sozialen, ökologischen und politischen Handeln

Info: Albert Ottenbreit (KAB Saar), Tel.: (06 81) 90 68 1 11, Mail: kabsaar@gmx.de

Mai

6.5., 20h, Thomas-Becket-Haus, St. Albert, Albertstr. 2, Andernach

Bolivien nach den Wahlen. Neue Wege mit dem Indigena-Präsidenten Evo Morales?

Referent: Walter Prudencio Magne Velis / Bolivianischer Botschafter in Deutschland

Veranstalter: Dekanat Andernach-Bassenheim

Infos: Werner Huffer-Kilian, Tel: (02 61) 9 73 77 80

8.5., 19h, Andernach, Maria Himmelfahrt,

Hl. Messe und anschl. Konzert mit der bolivianischen Gruppe Akapana

---

Weitere Termine zum Jubiläum sowie die Termine der Bolivien-Kleidersammlung in den verschiedenen Regionen finden Sie unter

http://www.bistum-trier.de/bolivienpartnerschaft/

29.5., 18.30h, Kufa Koblenz

„Immer um die Litfaßsäule rum“

Ein Brecht-Tucholsky-Abend

(Einlass 17:30 Uhr)

Eintritt: 17 Euro, Erm. 10 Euro / 7,50 Euro

Vorverkauf: KUFA Tel.: (02 61) 8 52 80, http://www.kufa-koblenz.de

Juni

12.6., 10-17h, Cochem

Bolivienaktionstag

Infos: Patrick Altmeyer, Fachstelle Plus Marienburg, Tel: (0 65 42) 90 13 53

12.6., Neustadt

Verleihung des Friedenspreises 2010 der Arbeitsgemeinschaft Friedensgruppen anlässlich des Rheinland-Pfalz-Tag

---

16.6., Trier

„Made in China“. Xiamen in Fujian – Trier in Rheinland-Pfalz; Städte- und Wirtschaftspartnerschaft

Referentin: Dr. Sabine Ferenschild /Ökum. Netz

Veranstalter: KAB Trier

Infos: Ruth Mareien de Bueno / KAB, Tel.: (06 51) 9 70 85 - 0

18.6., 18h, Weltladen Lahnstein

Jubiläumsfeier mit Vortrag zu Herausforderungen der Entwicklungspolitik

Referentin: Sabine Ferenschild

Infos: Netzbüro

19.6., Kurt-Esser-Haus, Markenbildchenweg 38, Koblenz

Kirche und soziale Bewegungen in Bolivien

Netzversammlung des Ökumenischen Netzes

Referenten: Helge Buttkereit / Autor und Journalist; Dr. Stefan Silber / Theologe

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40

21.–27.6., Dekanat Andernach-Bassenheim

Bolivien-Aktionswoche

24.6. Jugendkino in der Jugendkirche Andernach, Film zu Che Guevara

26.6., ganztags Fahrt des Bolivienmobils durch das ganze Dekanat

27.6. Tal total, Sponsorentour mit Fahrrädern durch das autofreie Rheintal

Infos: Günter Leisch, Dekanat Andernach-Bassenheim, Ludwig-Hillesheim-Str. 3, 56626 Andernach, Tel: (0 26 32) 3 09 79 10

August

27.8., Trier

Pastoraler Studientag zum Themenakzent Christliche Spiritualität

mit Erzbischof Edmundo Abastoflor und Bischof Dr. Stephan Ackermann

Infos: Referat Weltkirche, Tel.: (06 51) 71 05 397

September

17.-19.9., Trier

„Gott setzte den Menschen in den Garten Eden, damit er ihn bebaue und pflege“ (Gen 2,15)

Bistumsversammlung von Pax Christi mit pol. Nachtgebet und Studientag Referent zu Auswirkungen des Klimawandels auf Bangladesch: Gerhard Klas

Infos und Anmeldung: Albert Hohmann, Pax Christi Trier, Tel.: (0 65 02) 67 29; Mail: Stolte-Hohmann(at)t-online.de

---